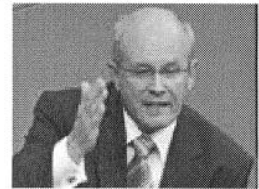


Donnerstag, 18. Januar 2007
Volker Kauder



Volker Kauder

Kauder: Wenn der Lohn nicht ausreicht, gibt der Staat etwas dazu
Interview im Rheinischen Merkur

Im Interview mit dem Rheinischen Merkur spricht sich Fraktionsvorsitzender Volker Kauder für Geschlossenheit in den Unionsparteien aus. Vorschläge aus der SPD für einen flächendeckenden Mindestlohn lehnte er erneut ab, plädiert aber für einen Kombilohn.

Das Interview im Wortlaut:

Rheinischer Merkur: Die ganze Republik spricht über Stoibers Zukunft. Breitet sich die Erkältung der CSU zu einer Grippe der gesamten Union aus?

Volker Kauder: Der Berliner Betrieb läuft ungestört weiter. Klar ist aber auch: Für bürgerliche Parteien ist Geschlossenheit ein besonders hoher Wert. Alles was nach Streit aussieht, muss möglichst schnell beendet werden.

Frage: ... auch damit die Quertreibereien aus München endlich aufhören?

Kauder: Da muss ich Sie korrigieren: Wir arbeiten eng zusammen. Die Union besteht immer schon aus zwei Parteien. Das war und bleibt unser gemeinsames Erfolgsrezept.

Frage: Hauptaufgabe der Großen Koalition bleibt der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Mehr als der Hälfte aller Arbeitslosen fehlt es an einer Qualifikation für einen neuen Job. Wie wollen Sie Abhilfe schaffen?

Kauder: Wir sind bereits dabei: Den älteren Arbeitslosen helfen wir mit dem Programm **50 plus**. Für die Jüngeren arbeiten wir ebenfalls an einem Konzept. Wer nicht genügend verdient, bekommt zusätzlich Sozialleistungen. Zusätzlich wollen wir den Bezug von Arbeitslosengeld II bei den Jüngeren davon abhängig machen, dass sie sich fort- und weiterbilden. Das passt zum Konzept der Aufstiegsgesellschaft der CDU, das wir der SPD-Idee vom vorsorgenden Sozialstaat entgegensetzen.

Frage: Wo liegt genau der Unterschied? Die SPD nimmt doch in ihrem neuen Programmentwurf auch Abschied vom Sozialstaat, der sich um alles und jeden sorgt.

Kauder: Einspruch! Die SPD erweckt immer noch den Eindruck, dass der Staat alles richtet. Die Sozialdemokraten bauen auf das Kollektiv, wir setzen hingegen mehr auf den Einzelnen und wollen seine Kräfte stärken. Deshalb knüpfen wir zum Beispiel Sozialleistungen an die Pflicht zur Fort- und Weiterbildung. Wir geben Chancen, damit der Einzelne sein Leben selbst in die Hand nimmt.

Frage: Die SPD verlangt Steuergutschriften für Geringverdiener. Wie passt das zu den Plänen der Koalition, mehr Jobs im Niedriglohnbereich zu schaffen?

Kauder: Zu den bisherigen Vorschlägen der Arbeitsgruppe passt das nicht. Es handelt sich bei den Steuergutschriften um ein Konzept des Wirtschaftsweisen Bofinger, aus dem die SPD sich bislang allerdings nur die Rosinen herauspickt. Das Konzept kostet mindestens vier Milliarden Euro und sieht einen Mindestlohn von 4,50 Euro vor, mehr muss ich dazu wohl nicht sagen. Wir sind offen für neue Vorschläge, sie dürfen aber nicht mehr kosten und außerdem nicht dazu führen, dass die entscheidungsreifen Vorschläge der Arbeitsgruppe auf die lange Bank geschoben werden. Wichtig ist, dass wir uns Beschäftigungspotenzial im **Niedriglohnbereich** erschließen und so mehr Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zurückbringen. Wenn der Lohn nicht ausreicht, gibt der Staat etwas dazu. Wie das im Detail aussehen wird, dazu kann ich jetzt noch nichts sagen. Wir von der Union streben einen Kombilohn an ...

Frage:... der auf Kritik stößt. Wie wollen Sie Mitnahmeeffekte verhindern?

Kauder: Es ist wichtig, klare Voraussetzungen zu definieren, wie zum Beispiel Mindestbeschäftigungszeiten, um diese Effekte zu minimieren. Aber wer unser Modell kritisiert, muss mir erst einmal einen Weg aufzeigen, wie es besser geht. Ungefähr 250.000 junge Leute haben keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt gefunden. Wir

müssen schnell handeln, denn jedes Jahr, das für diese jungen Leute verloren geht, macht alles noch schlimmer.

Frage: Die SPD fordert den Mindestlohn...

Kauder:... den es flächendeckend mit der Union nicht geben wird. Ein solcher Mindestlohn würde Arbeitsplätze vernichten, nicht schaffen. Wir haben uns bereit erklärt, das Gebäudereinigerhandwerk in die Dienstleistungsrichtlinie mit hineinzunehmen und so einen Mindestlohn jedenfalls in diesem Bereich zu schaffen. Da sind wir der SPD entgegengekommen. Mehr ist in dieser Legislaturperiode nicht drin.

Frage: Glauben Sie, dass Sie die SPD damit ruhigstellen können?

Kauder: Wir sollten uns in der Großen Koalition nicht gegenseitig überfordern, sondern das umsetzen, was realistisch ist. Diese Große Koalition hat große Möglichkeiten, das haben wir beispielsweise bei der Föderalismusreform gezeigt. Aber das Bündnis hat auch Grenzen. Die Union hätte zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt gern mehr Flexibilität beim Kündigungsschutz. Doch dagegen sperren sich die Sozialdemokraten.

Frage: Auch gegen einen Wiedereinstieg in die Atomkraft sträubt sich die SPD. Birgt das Sprengstoff für die Koalition?

Kauder: Sprengstoff nicht, wohl aber Diskussionsstoff. Zunächst gilt der Koalitionsvertrag, der den Ausstieg festschreibt. Aber zugleich bleibe ich bei meiner Überzeugung: Wir können uns den Ausstieg nicht leisten, weil Energie immer knapper wird. Wir dürfen nicht noch weiter abhängig von anderen Ländern werden, auch deshalb dürfen wir nicht auf Atomkraft verzichten. Schließlich wird Energie immer teurer. Wer verhindern will, dass sich eines Tages nur noch Reiche warme Wohnungen leisten können, der muss den Atomausstieg rückgängig machen. Die SPD wird über ihren Schatten springen müssen.

Frage: Bei der **Gesundheitsreform** biegt die Koalition in die Zielgerade, doch die Kritik von vielen Seiten an diesem zentralen Projekt hält an.

Kauder: Ich kann diese Bedenken nicht teilen. Die Reform wird durch mehr Wettbewerb unter den Kassen Transparenz schaffen. Außerdem können in Zukunft in Deutschland alle vom medizinischen Fortschritt profitieren. Missstände wie in anderen Ländern, wo es ab achtzig Jahren keine künstliche Hüfte mehr gibt, haben wir verhindert.

Frage: Das hat seinen Preis. Wird die Reform Beitragserhöhungen verhindern?

Kauder: Das kann ich nicht garantieren. Das hohe Niveau unseres Gesundheitssystems ist nicht zum Nulltarif zu haben. Außerdem gibt es durch die demografische Entwicklung immer mehr ältere Menschen und der erfreuliche medizinische Fortschritt erhöht die Gesundheitskosten. Die Reform schafft allerdings Voraussetzungen dafür, die Beiträge zumindest im Rahmen zu halten, denn die Kosten für die Krankenversicherung der Kinder werden wir Jahr für Jahr zunehmend aus Steuermitteln finanzieren. Das entlastet die Beitragszahler.

Frage: Was lehrt Sie die holprige Gesundheitsreform für das künftige Management der Koalition?

Kauder: Die Verhandlungen haben viel Zeit und Kraft gekostet. Freilich ist die Gesundheitspolitik das komplexeste Thema, das wir angepackt haben. Die Koalitionspartner kamen aus völlig unterschiedlichen Richtungen. Das hat eine Einigung so schwierig gemacht. Doch auch in anderen europäischen Staaten sind die Diskussionen kompliziert.

Frage: Kurt Beck mahnt eine Mäßigung beim Reformtempo an. Ärgert Sie das?

Kauder: Kurt Beck musste sich inzwischen selbst korrigieren. Er weiß wie wir alle, dass wir uns Reformstillstand nicht leisten können. Reformen müssen allerdings nachvollziehbar und zielgerichtet sein.

Frage: Kurt Beck hat auch eine strengere Regelung bei den **Spätabtreibungen** gefordert -folgt ihm die Koalition?

Kauder: Die Union unterstützt Kurt Beck, nun muss ihm nur noch die SPD folgen. Offenbar gibt es einen Dissens zwischen dem Parteichef und seinen eigenen Genossen. Wir wollen möglichst verhindern, dass Embryonen in der Spätphase der Schwangerschaft aufgrund schwerer Behinderungen abgetrieben werden. Die Unionsfraktion wird einen eigenen Antrag formulieren, von dem wir hoffen, dass die SPD mitmacht.

Frage: Ein weiteres Thema ist die Forschung mit embryonalen **Stammzellen**. Wissenschaftler fordern einen leichteren Zugang zu diesen Zellen. Zu Recht?

Kauder: Nein. Wir haben ein klares Gesetz, das einen festen Stichtag für den Import von Stammzellen vorsieht. Das reicht. Der Stichtag darf nicht zu einer Variablen verkommen, die man beliebig ändern kann. Es ist auch bisher nicht bewiesen, dass die Forschung mit embryonalen Stammzellen nennenswerte Fortschritte gegenüber der Forschung mit adulten Stammzellen bringt. Die Union versteht sich als die Partei des Lebensschutzes. Für mich persönlich beginnt das menschliche Leben mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Deshalb habe ich damals auch gegen eine Liberalisierung der Abtreibung gestimmt, und deshalb bin ich heute gegen die Ausweitung der Forschung mit embryonalen Stammzellen.

Das Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder führten Hartmut Kühne und Robin Mishra.